



# Die transatlantische Wirtschaftspartnerschaft aus christdemokratischer Perspektive

## **Ein Kommentar von Peter Beyer, MdB**

Seit dem 17. Juni 2013 ist es offiziell: Am Rande des G8-Gipfels im nordirischen Lough Erne haben sich die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika darauf geeinigt, im Juli 2013 mit den Verhandlungen über die *Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft* (TTIP) zu beginnen. Ein erfolgreicher Verhandlungsverlauf würde eine neue Ära in den transatlantischen Beziehungen einläuten, entstünde schließlich der größte Wirtschaftsraum der Welt. Die TTIP hätte damit die Eigenschaft einer zusätzlichen transatlantischen Klammer. Was sicherheitspolitisch mit der NATO erfolgreich gelungen ist – nämlich die enge Verbindung von Europa mit Nordamerika –, ist somit nun auch wirtschaftspolitisch in greifbare Nähe gerückt.

Der Zweck der TTIP lässt sich mit drei Worten zusammenfassen: Wachstum, Arbeitsplätze, Wohlstand. Bereits heute ist der transatlantische Wirtschaftsraum der am besten integrierte der Welt. Dennoch gibt es immer noch eine Vielzahl von Barrieren und Schranken, welche insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen den Zugang zum jeweils anderen Markt erheblich erschweren. Teure Prüf- und Zulassungsverfahren sind dabei nur ein Beispiel. Die Vertreter der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten von Amerika sind sich darin einig, dass die Beseitigung dieser Hindernisse nun angegangen werden muss, um im globalen Wettbewerb erfolgreich bestehen zu können.

Vom christdemokratischen Standpunkt ist dies eine richtige Entscheidung. Schließlich sind für die

CDU die Vereinigten Staaten von Amerika Deutschlands wichtigster Partner außerhalb der EU. Die christlich-liberale Bundesregierung gehört daher in Europa zu den stärksten Befürwortern eines umfassenden Wirtschaftsabkommens mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

## ***Anspruchsvolle Verhandlungen stehen bevor***

Es ist damit zu rechnen, dass die nun begonnenen Verhandlungen nicht einfach verlaufen werden. Bereits im Vorfeld hatte beispielsweise Frankreich durchgesetzt, dass das Thema Kultur – gemeint sind damit insbesondere die audiovisuellen Medien – aus dem Verhandlungsmandat der EU herausgenommen wurde. Diese Vorgehensweise ist sehr problematisch: Wenn eine Seite auf Ausnahmen besteht, wird die andere Seite dies ebenfalls für sich in Anspruch nehmen. Somit besteht die Gefahr einer Negativspirale, bei der jeder auf Sonderregelungen pocht. Am Ende würde sich wohl nur eine Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner erreichen lassen.

Damit wäre allerdings die TTIP gescheitert, denn nur durch ein umfassendes Abkommen zwischen der EU und den USA kann dieses historische Projekt auch seine volle Wirkung entfalten. Daher ist es wichtig, alle Themen zu diskutieren und gemeinsam nach Lösungen für unterschiedliche Standpunkte zu suchen. Der größte Nutzen für die Beteiligten würde sich insbesondere aus der Beseitigung der nicht-tarifären Handelshemmnisse – also beispielsweise unterschiedliche Standards und Regulierungen – ergeben. Ein umfassendes Abkommen erfordert daher umfassende Verhandlungen.

Den Möglichkeiten, welche TTIP für den euroatlantischen Raum bietet, stehen die Bedenken der außenstehenden Partner gegenüber, da die TTIP multilaterale Vereinbarungen, wie sie in der Welthandelsorganisation ausgehandelt werden, unterminieren würde. Dies ist allerdings unbegründet. Die TTIP ist vielmehr als komplementäres Element zu bestehenden Regelungen zu verstehen. Eine solche Übereinkunft könnte auch als notwendiger Impuls dazu dienen, multilateralen Verhandlungen wie der Doha-Runde wieder neue Dynamik zu verleihen.

#### **Akzeptanz durch Transparenz**

Auf europäischer Seite liegt die Verhandlungsführung in den Händen der europäischen Kommission. Auf diese sollte die Bundesregierung dahingehend einwirken, dass regelmäßig Zwischenergebnisse über den Verlauf der Gespräche veröffentlicht werden. Den Vorwurf, die Verhandlungen seien nicht transparent und würden gegen die Interessen der Menschen verlaufen, gilt es, dadurch frühzeitig zu entkräften. Das gescheiterte ACTA-Abkommen kann als mahnendes Beispiel dafür gesehen werden, dass mangelnde Transparenz auch zu fehlender Akzeptanz führt.

Es liegt dabei in der besonderen Verantwortung der Politik, der Bevölkerung die Notwendigkeit einer engen transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft zu verdeutlichen. Es hätte fatale Folgen, wenn sich aus Unkenntnis Widerstand entwickelt, durch welchen das Projekt gefährdet würde. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer transparenten Verhandlungsführung. Schließlich geht es um nichts weniger als um die Sicherung des Wohlstandes und die Führerschaft bei Technologie und Innovation im euroatlantischen Raum.

Besonders aufgrund der globalen Verflechtung darf nicht vergessen werden, mit wem Europa mehr als nur das Interesse am Handel teilt. So verbindet uns nicht nur eine gemeinsame Geschichte mit den Vereinigten Staaten von Amerika, sondern auch Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit des Individuums bilden einen Wertekanon, ohne den unser Wohlstand nicht denkbar wäre. Es ist daher eine strategische Notwendigkeit, die wirtschaftspolitische Kooperation mit unseren amerikanischen Freunden und Partnern weiter zu vertiefen. Aus parlamentarischer Perspektive ist eine vertiefte Auseinandersetzung der Konrad-Adenauer-Stiftung mit diesem Zukunftsthema daher sehr zu begrüßen.



#### **Peter Beyer, MdB**

Berichterstatler der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag für die Transatlantischen Beziehungen